

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4108

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4108



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Medienkonferenz des Komitees «Nein zur Massentierhaltungsinitiative» vom 13. Juni 2022

Meine Existenz steht auf dem Spiel

Referat von Fabienne Wyder, Schweinehalterin, Büren an der Aare (es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Medienschaffende

Ich bin heute hier, weil die Massentierhaltungsinitiative meinen Betrieb – meine wirtschaftliche Existenz – in Frage stellt. Doch ich spreche auch für meine Kolleginnen und Kollegen die Schweine, Geflügel oder andere Tiere halten und schlussendlich für alle Bauernfamilien.

Zusammen mit meinem Mann führe ich in Büren an der Aare einen kleinen Betrieb von 16 Hektaren. Davon leben können wir nur, weil wir uns auf die Schweinekernzucht spezialisiert haben und ohne Angestellte auskommen. Das heisst, dass wir in erster Linie Muttersauen und Eber für andere Betriebe produzieren. Die übrigen Tiere mästen wir im eigenen Betrieb. Bei uns leben 56 Muttertiere und gesamthaft 700 Schweine. Da wir allein sind, schauen wir an 365 Tagen im Jahr zu unseren Tieren. Und wir schauen gut, denn sie sind unsere Existenz. Das Tierwohl ist uns wichtig. Dieses beginnt mit gesunden Tieren und gutem Futter, das wir zu einem Teil auf unserem Land selbst produzieren. In der Fütterung verwenden wir Nebenprodukte der Käseherstellung und helfen so Food Waste zu reduzieren. Die Einhaltung aller Vorgaben werden bei uns regelmässig unangemeldet vom Veterinäramt und dem Schweizer Tierschutz kontrolliert.

Verglichen mit dem Ausland sind wir ein Kleinstbetrieb. Als einziges Land auf der Welt kennen wir zudem eine Obergrenze für die Anzahl Tiere pro Betrieb. In der Schweiz dürfen wir maximal 250 Mutterschweine oder 1500 Mastschweine halten. Unsere Muttertiere können sich mit ihren Jungen frei bewegen und die Ferkel haben einen Rückzugsort. Doch nicht einmal wir erfüllen die Auflagen der Massentierhaltungsinitiative. Denn diese verlangt eine Tierhaltung gemäss dem Standard von Bio Suisse. Konkret bräuchte es viel mehr Stallfläche für die gleiche Anzahl Tiere, drinnen wie draussen, Auslauf auch während der Säugezeit, Weide- und Wühlbereiche. 95 Prozent der Betriebe mit Zuchtsauen müssten komplett umbauen. In vielen Fällen wäre das gar nicht möglich, weil die örtlichen Verhältnisse es nicht zulassen oder das arrondierte Land dafür fehlt. Die Kosten für das Schweinefleisch würden explodieren.

Noch ein Wort zu den 25 Jahren Übergangszeit. Das mag nach einer langen Zeit klingen, aber effektiv greift das am Tag nach der Abstimmung, sobald ich an meinem Stall Erneuerungen machen muss. Denn solch hohe Investitionen haben eine Abschreibungsdauer von 25 Jahren.

Mit der Initiative hätten wir 100 Prozent Schweinefleisch gemäss Bio-Standard in der Haltung. Eine Produktionsart, die heute beim Fleisch einen Marktanteil von 2 Prozent hat (Anteil Bioschweine). Wir würden komplett am Markt vorbeiproduzieren. Heute schon produzieren wir Schweineproduzenten doppelt so viel Label-Schweinefleisch, als wir als solches verkaufen können. Es sind also nicht wir, welche auf der Bremse stehen! Und doch zielt die Massentierhaltungsinitiative nur auf uns Tierhaltende. Das stimmt mich sehr nachdenklich. Damit unsere Existenz als Tierhaltende in der Schweiz nicht zerstört wird, hoffe ich auf ein klares Nein.

Danke, für die Aufmerksamkeit und dass ich meine Befindlichkeit kundtun konnte.



Medienkonferenz des Komitees «NEIN zur Massentierhaltungsinitiative» vom 13. Juni 2022

Die soziale Dimension der Massentierhaltungsinitiative (3 Minuten)

Referat von Andrea Gmür-Schönenberger, Ständerätin Die Mitte (es gilt das gesprochene Wort)

Die Mitte ist die Partei, für die soziale Verantwortung kein leeres Versprechen ist. Die Solidarität mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft ist mir ein besonderes Anliegen. Die Massentierhaltungsinitiative ist meines Erachtens aber gerade aus einer sozialpolitischen Perspektive gefährlich.

Die Massentierhaltungsinitiative würde eine starke negative Auswirkung auf die Kaufkraft unserer Bevölkerung haben. Die Initiative verlangt, dass systematisch Bio-Standards in der Schweiz angewendet werden sollen. Dies wäre mit sehr hohen Mehrkosten in der Produktion verbunden. Es wäre nicht vermeidbar, diese Kosten an den Endkunden weiterzugeben. Tierische Lebensmittel würden sich je nach Produkt um 20 bis 40 Prozent verteuern und das Portemonnaie der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten mit rund 1800 Franken im Jahr zusätzlich belasten. Das wäre unsozial und hochgradig unsolidarisch. Denn zu allererst würden die Ärmsten in unserer Gesellschaft darunter leiden: Sie müssten sich in der Beschaffung von Grundnahrungsmitteln beschränken. Gesellschaftlich würde uns diese Initiative so um Jahrzehnte zurückwerfen, in eine Zeit, in der es für einen grossen Teil der Menschen in der Schweiz nicht selbstverständlich war, jeden Tag genug zu essen zu haben.

Dies würde unser Land aus einer sozialen Perspektive schwächen. Es würde uns aber auch wirtschaftlich schwächen. Wir leiden seit längerer Zeit unter einer global angespannten Situation im Bereich der Nahrungsmittelketten. Erst hat die Covid-Pandemie die Nachschubketten durcheinandergebracht und nun der Krieg und Überfall von Russland gegen die Ukraine. Eines sollte uns dabei klar geworden sein: Die Globalisierung, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten gekannt haben, gehört der Vergangenheit an. Wir können uns nicht mehr blind auf den globalen Handel verlassen. Wir müssen jetzt die Produktion in der Schweiz stärken, um unsere Grundbedürfnisse zu decken, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft. Die Massentierhaltungsinitiative würde jedoch genau zum Gegenteil führen. Denn wer sich Nahrungsmittel in der Schweiz nicht mehr leisten kann, würde vermehrt ins Ausland fahren, um billigere Lebensmittel zu beschaffen. Die Initiative würde so den Einkaufstourismus massiv ankurbeln und unsere heimischen Produktionskapazitäten schwächen. Dabei wäre weder der Umwelt und Ökologie geholfen noch dem Tierwohl gedient. Deshalb unterstütze ich die Massentierhaltungsinitiative nicht. Denn ich bin der Ansicht, dass die Initiative sozialpolitisch schädlich ist und uns als Land schwächen würde.



Medienkonferenz des Komitees «NEIN zur Massentierhaltungsinitiative» vom 13. Juni 2022

Ein NEIN zur Massentierhaltungsinitiative bedeutet die Versorgung der Schweiz mit einheimischen Lebensmitteln zu stärken

Referat von Marco Chiesa, Ständerat, Präsident SVP Schweiz (es gilt das gesprochene Wort)

Die Massentierhaltungsinitiative ist eine unglaubliche Zwängerei und erst noch gefährlich für unser Land:

1. Die Versorgung von uns Schweizerinnen und Schweizern mit Nahrungsmitteln ist zentral. Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben uns einmal mehr deutlich vor Augen geführt: In einer Krise schaut jedes Land zuerst für sich selbst. **Die extreme Initiative würde die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Lebensmitteln gefährden.**
2. Mit einer Umstellung der Tierhaltung auf sogenannte Bio-Standards müsste die Anzahl der Tiere in der Schweiz massiv reduziert werden. **Die Folge: Nur noch Reiche könnten sich Schweizer Fleisch und Käse leisten.**
3. Durch die geringere Produktion würde unsere Abhängigkeit vom Ausland noch grösser. Es müssten noch grössere Mengen von Fleisch und Käse importiert werden. Das dürfen wir nicht zulassen. **Unsere Schweizer Bäuerinnen und Bauern sollen Lebensmittel produzieren dürfen, statt Schmetterlinge zählen zu müssen.**
4. Mehr Importe bedeuten weniger Tierwohl. Importiertes Fleisch und Käse unterliegen nicht den gleichen strengen Regeln für die Tierhaltung wie in der Schweiz. Die bilateralen Verträge mit der EU und auch WTO-Richtlinien verhindern dies. **Die Folge dieser Initiative wäre: Weniger Produktion in der Schweiz – dafür mehr Importe aus dem Ausland. Wir sagen Nein zu dieser unehrlichen Politik der linksrünen Parteien!**
5. Wenn wir die unehrliche «Schmetterlings-Politik» der Linken und Grünen als Massstab nehmen würden, hätten wir weltweit wieder Hungerkrisen wie in den 1980er Jahren. Dazu kommen die vielen Konfliktherde dieser Welt, allen voran der Ukraine-Krieg. Es droht Hunger in vielen Ländern. Dies bedeutet eine grosse Gefahr von zusätzlichen Unruhen und Migrationsbewegungen. **Der internationale Handel kommt noch stärker unter Druck und wird zum Spielball von Lebensmittel-Spekulanten.**

Fazit: Es ist fünf vor Zwölf. Die Abhängigkeit der Schweiz von Importen ist zu reduzieren. Helfen Sie mit Ihrem NEIN zur Massentierhaltungsinitiative, die Versorgung der Schweiz mit einheimischen Lebensmitteln zu sichern.

NEIN zur Massentierhaltungsinitiative

Johanna Gapany, Ständerätin (FDP)

Sehr geehrte Damen Medienvertreterinnen, sehr geehrte Herren Medienvertreter

Sehr geehrte Damen und Herren

Bei dieser Initiative scheinen die Initiantinnen und Initianten in der Gleichung einen wichtigen Faktor vergessen zu haben ... Die Realität derjenigen, die uns ernähren, die arbeiten, die innovativ sind.

Und das ist schade, denn es lohnt sich, diese Realität besser zu kennen.

Sie befinden sich in allen Landesteilen der Schweiz.

Manchmal ziert eine Tafel den Betrieb: IP-Suisse, Bio Suisse, Natura-Beef usw.

Mit der Absicht, gut zu arbeiten.

Mit der Absicht, sich auch von den anderen abzuheben und dem, was sie produzieren, einen Namen zu geben, Qualität zu verleihen.

Ist die Situation perfekt? Nein, bestimmt nicht. Aber die Entwicklung in der Landwirtschaft zeigt, dass es jedes Jahr Fortschritte gibt. Punkto Tierwohl sei daran erinnert, dass das Tierschutzgesetz seit seiner Einführung im Jahr 1981 viele Male revidiert wurde, sodass sich die einheimische Tierzucht immer weiter verbessert hat. Heute befindet sie sich auf einem Niveau, das seinesgleichen sucht.

Fortschritte sind noch möglich und es braucht ein Nein zu dieser Initiative, um weiterhin in die richtige Richtung zu gehen.

Denn im Gegensatz zu dem, was uns diese Initiative glauben lassen will, ist es nicht möglich, eine so strenge Importregelung einzuführen, ohne unsere Verpflichtungen gegenüber der WTO zu verletzen.

Denn die Wahl wird manchmal auch durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten gesteuert. Wird diese Wahl eingeschränkt, werden wir mit einem grossen Problem gegenüber einem Teil der Bevölkerung konfrontiert, da dieser sich teureres Fleisch nicht leisten kann.

Ein weiterer Punkt, der den mangelnden Realitätsbezug bestätigt. Die Initiative will die Zahl der Tiere beschränken und mehr Platz für jedes einzelne Tier vorsehen. Das bedeutet, dass die Betriebe vergrössert, mehr kleine Betriebe gebaut oder die Tierbestände reduziert werden müssen. Allerdings rufen die bestehenden Raumplanungsregeln rasch die Herausforderungen unserer Generation in Erinnerung, und die Vervielfachung kleiner Zonen passt eindeutig nicht zur bisherigen Stossrichtung.

Einige Fakten:

In den letzten 30 Jahren sind 30 000 Landwirtschaftsbetriebe verschwunden.

Der gesamte Viehbestand ist in den letzten Jahren um 20 bis 40 Prozent zurückgegangen.

Ein interessanter Vergleich: In Dänemark hat ein durchschnittlicher Milchbetrieb 200 Kühe. Bei uns sind es 25.

Muss also der Viehbestand wirklich weiter reduziert werden?

Muss der Viehbestand für die Verbesserung des Tierwohls gesenkt werden?

Offensichtlich nicht. Kleine Betriebe können sehr gute Arbeit leisten, aber es hat sich gezeigt, dass Grossbetriebe modern sind und dass sich die Grösse des Betriebs nicht auf das Tierwohl auswirkt. Zu diesem Schluss ist eine Studie gekommen, die von Nutztiergesundheit Schweiz veröffentlicht wurde. Dies ist konkreten Qualitätsvorgaben und der Professionalität der Züchter zu verdanken.

Statt also eine willkürliche Zahl einzuführen – was beispielsweise der Fall wäre, wenn die Zahl der Legehennen von 18 000 auf höchstens 2000 reduziert würde –, wäre es besser, relevante und sinnvolle Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität der Tiere einzuführen und Produkte aus der Schweiz aufzuwerten. Denn in der Schweiz sind die Tierwohlnormen am strengsten. Ausserdem sollte die Ausbildung gestärkt werden und es ist zu gewährleisten, dass die Praktiken den gesetzlichen Grundlagen entsprechen.



Medienkonferenz des Komitees «NEIN zur Massentierhaltungsinitiative» vom 13. Juni 2022

Es ist unnötig, mit der Massentierhaltungsinitiative Tausende Arbeitsplätze zu gefährden

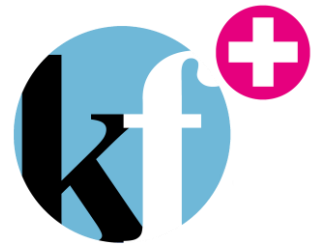
Fabio Regazzi, Nationalrat Die Mitte, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband

Die Massentierhaltungsinitiative (MTI) will durchsetzen, dass alle Tierhaltungsbetriebe mindestens die Vorgaben (Platzverhältnisse, Herdengrössen, das Tierwohlprogramm „Regelmässiger Auslauf im Freien“ (RAUS) usw.) von Bio Suisse einhalten. Die grössten Einschränkungen und Auflagen müssten Betriebe mit Schweinen, Poulets und Legehennen hinnehmen. Aber auch Rindviehbetriebe wären davon betroffen. Sie bekämen Vorgaben, die ihnen die Differenzierungsmöglichkeiten über Labels oder durch Bioproduktion verunmöglichen würden. «Einheitsbrei» zu viel höheren Preisen wären die Folge.

Die MTI führt zwingend zu einer massiven Reduktion der Tierbestände in der Schweiz und damit zu einem Rückgang der Fleischproduktion. Im Gegenzug ist die Nachfrage nach Schweizer Fleisch stabil. Die fehlende Ware müsste folglich importiert werden. Somit wird die Produktion ins Ausland verschoben, wo man mit weniger tierfreundlichen Praktiken produziert. Abgesehen davon: Auch die negativen Effekte auf die Umwelt werden nicht gelöst, sondern ins Ausland verlagert. Unsere eigene Wirtschaft und unsere Landwirte und Landwirtinnen würden darunter leiden.

Man rechnet, dass bei einer Annahme der Initiative die Schweineproduktion in der Schweiz um rund 50 Prozent, die Geflügelproduktion gar bis zu 80 Prozent zurückgeht. Damit einhergehend würden Tausende der 300'000 Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft gefährdet. Man denke nur an die Zulieferer oder Dienstleister der Tierproduktion – aber auch an die Verarbeitungs- und Veredelungsbetriebe wie Metzgereien, Schlachthöfe, Eierhändler oder Teigwarenhersteller. Dieser unvermeidlich eintretende Verlust an Arbeitsplätzen in einem wirtschaftlich gesunden Sektor würde mich als Präsident des Gewerbeverbandes und Vertreter der Wirtschaft ganz besonders schmerzen. Dies noch in einem Umfeld, in dem der Inlandversorgung und auch den Arbeitsplätzen besonders Sorge zu tragen ist.

Da wir einerseits beim Tierschutz und Tierwohl schon einen ausserordentlich hohen Standard und Höchsttierbestände haben und andererseits für die Konsumentinnen und Konsumenten die bereits die Möglichkeit besteht, über den Kauf von Bio- oder Labelprodukten die Tierwohlprogramme zu fördern, ist die Initiative völlig unnötig! Ich empfehle daher aus tiefster Überzeugung ein NEIN in die Urne zu legen.



Medienkonferenz des Komitees «NEIN zur Massentierhaltungsinitiative» vom 13. Juni 2022

Keine Bevormundung von Produzenten und Konsumenten

Referat von Babette Sigg, Präsidentin Konsumentenforum kf (es gilt das gesprochene Wort)

Lese ich als aufmerksame Konsumentin die Argumentation der MTI, wähne ich mich (in einem Saughundstaat oder) in einer Bananenrepublik, in welcher landwirtschaftliche Nutztierhaltung gesetzeswidrig, ungeregelt, intransparent und klandestin vonstatten geht. Natürlich ist es naiv zu glauben, dass es hierzulande keine schwarzen Schafe gibt, denen das Tierwohl egal ist. Aber die Realität sieht doch erfreulich besser aus. Dank eines strengen Gesetzes und diverser brancheninternen Regelungen und zertifizierter Labels habe ich etwas, das mir als liberale Konsumentenvertreterin viel wert ist: eine Auswahl.

Als Konsumentin darf ich mich darüber freuen, in einem Land zu leben, in dem Nahrungsmittel grenzenlos verfügbar sind. Und noch viel mehr, denn unter dem riesigen Angebot und einer grossen Vielfalt an Lebensmitteln kann ich mir aussuchen, was meiner persönlichen Haltung – vielleicht auch meiner Ideologie - entspricht. Dies insbesondere auch bei der tierischen Produktion.

Der von der Initiative geforderte Standard existiert mit dem Bio-Angebot und anderen Tierwohllabels bereits. Wer tierische Produkte in diesem Sinn sucht, findet diese heute schon zuhauf im Laden.

Als Konsumentin bin ich nicht nur bereit, Verantwortung wahrzunehmen; ich will es auch tun. Ich selbst möchte mit meinem Einkaufskorb das Angebot mitbestimmen und bin dezidiert dagegen, dass die Bäuerinnen und Bauern und in der Folge natürlich auch wir Konsumenten ständig durch staatliche Auflagen bevormundet werden. Schlimmer noch: von unseren Fleischproduzenten werden Produkte verlangt, die im Markt nicht absetzbar sind. Die Konsumenten sollen und dürfen selber darüber bestimmen, in welchem Preissegment sie einkaufen wollen, denn seien wir ehrlich: schliesslich haben nicht alle die gleichen Möglichkeiten.

Wenn biologische Produktion sowie «Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS)» und der «Regelmässige Auslauf (RAUS)» zum Standard würden, könnte der Bund dafür keine Direktzahlungen mehr ausrichten. Folge davon wäre, dass die wegfallenden Tierwohlbeiträge vom Markt... ja, wie wohl finanziert werden müssen? Selbstverständlich über eine Erhöhung der Konsumentenpreise. Das heisst nicht, dass wir Konsumenten nicht bereit sind, für ein gutes Produkt mehr zu bezahlen. Aber Adieu Wahlfreiheit! Zudem würde die Preisdifferenz zwischen Schweizer und Importfleisch weiter vergrössert. Das gleiche würde übrigens im Eiermarkt geschehen. Wären die höheren Preise am Markt nicht durchsetzbar, würden die höheren Kosten auch zu einer Reduktion von Einkommen bei den Produzenten führen. Es gäbe nur Verlierer. Dies ganz besonders, da Bregenz, Konstanz und St. Louis mit Tiefpreisen locken.

Die MTI führt – unter anderem wegen Platzmangel – zwingend zu einer Reduktion der Tierbestände. Besonders für Tierhaltungen in der Nähe vom Siedlungsraum gibt es kaum Ausweichmöglichkeiten. Unter diesen Umständen wird die tierische Produktion an bestimmten Orten stark reduziert oder sogar aufgegeben. Dies führt zu einem Produktionsrückgang, während die Nachfrage nach Schweizer Fleisch relativ stabil bleibt. Die fehlende Ware muss folglich importiert werden. Somit wird die Produktion ins Ausland verschoben, wo man mit weniger tierfreundlichen Praktiken produziert. Auch die negativen Effekte auf die Umwelt werden nicht gelöst, sondern ins Ausland verlagert.

Mein Fazit: Ich will nicht, dass die Tier- bzw. Fleischproduktion ins Ausland verlegt wird. Den Konsumentinnen und Konsumenten soll nicht durch staatliche Massnahmen befohlen werden, was sie zu kaufen und zu essen haben. Es muss endlich Schluss sein mit der Bevormundung von Produzenten und Konsumenten – deshalb NEIN am 25. September zur unnötigen Massentierhaltungsinitiative!

Medienanlass «Nein zur unnötigen Massentierhaltungsinitiative»

13. Juni 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Christoph Mäder, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Für jeden Wirtschaftszweig ist es wichtig, sich an den Bedürfnissen des Marktes zu orientieren. Diese Initiative widerspricht dem. Mit der vorgesehenen staatlichen Angebotsregelung verstösst sie gegen die Prinzipien des freien Marktes. Bereits heute können Konsumentinnen und Konsumenten frei bestimmen, welche Produkte sie einkaufen wollen. Die Unternehmen richten ihr Angebot an der Nachfrage aus. Nun soll ein Angebot erzwungen werden, wofür offensichtlich nicht genug Nachfrage vorhanden ist. Der freie Markt wird damit ausgehebelt.

Die Preise werden mit der Initiative in die Höhe getrieben. Die Umsetzung von rigorosen Vorschriften führt zu Mehrkosten. Steigende Preise werden zu mehr Einkaufstourismus führen. Am Ende ist niemandem geholfen. Wer besonders tierfreundliche Nutztierhaltung fördern möchte, kann dies bereits heute mit dem Kauf entsprechend produzierter Lebensmittel tun. Für die Wirtschaft ist die in der Initiative vorgesehene Einfuhrregelung problematisch, insbesondere für die exportorientierten Unternehmen.

Denn die Forderungen der Initianten sind nicht vereinbar mit den WTO-Verträgen. Nach deren Regeln dürfen Produkte nicht wegen der Art der Herstellung an der Grenze anders behandelt werden. Ebenso stehen sie im Konflikt mit den EU-Verträgen und den anderen Freihandelsverträgen der Schweiz. Zudem wäre die Umsetzung der Initiative insbesondere an der Grenze mit aufwändigen und teuren Kontrollen verbunden.

Andere Länder könnten es als anmassend empfinden, wenn die Schweiz ihren Handelspartnern vorschreiben will, was sie unter tierfreundlicher Haltung zu verstehen haben. Dies würde den Partnerschaften entlang der Wertschöpfungskette schaden. Andere Länder könnten den Spiess sogar umdrehen: Wenn Partnerländer die Schweiz als handelshemmend und diskriminierend wahrnehmen, könnten sie zusätzliche Anforderungen an Importe aus der Schweiz stellen oder diese zu diskriminieren beginnen. Dadurch könnte die hiesige Exportwirtschaft in Bedrängnis geraten.

Die Initiative entzieht den Konsumentinnen und Konsumenten die Wahlfreiheit, sie treibt die Preise in die Höhe, fördert den Einkaufstourismus, bricht mit internationalen Verträgen der Schweiz und gefährdet damit unsere Wirtschaft als Ganzes. Daher gehört sie abgelehnt.



Medienkonferenz des Komitees «NEIN zur Massentierhaltungsinitiative» vom 13. Juni 2022

Tierwohlniveau ist bereits sehr hoch

Referat von Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)

Uns Schweizer Bauernfamilien liegen unsere Nutztiere am Herzen. Wir kümmern uns an sieben Tagen in der Woche und 365 Tagen im Jahr um sie. Die einheimische Landwirtschaft zeichnet sich durch ein extrem hohes Tierwohlniveau aus. Dafür sorgen:

- ein weltweit einzigartig **strenges Tierschutzgesetz**
- **eine bereits gesetzlich limitierte Zahl an Tieren** bei Hühnern, Schweinen und Kälbern, die ein Betrieb halten darf
- sehr wirksame Anreizprogramme für **besonders tierfreundliche Ställe** und **regelmässigen Auslauf** im Freien
- zahlreiche weitergehende **Labelangebote**
- ein **funktionierendes Kontrollsystem**.

Das erste Schweizer Tierschutzgesetz trat erst 1981 in Kraft. Seither hat es sich aber konstant weiterentwickelt. Heute sind nicht nur Platzangebot und andere quantitative Elemente geregelt, sondern auch die qualitativen Aspekte des Tierwohls. Damit sind wir der EU um Meilen voraus. Diese macht z.B. bei der Haltung Milchkühen oder Rindern gar keine Vorgaben. Die bei uns seit 30 Jahren verbotene Käfighaltung bei den Legehennen ist in der EU mit einem Anteil von 50% immer noch sehr verbreitet. Auch unseren Schweinen geht es deutlich besser als ihren Artgenossen im Ausland. Kastration ist bei uns immer nur mit Narkose erlaubt, Schwänze dürfen in keinem Fall kupiert werden. Beides ist in der EU anders. Zudem leben z.B. 79 Prozent der deutschen Schweine auf Vollspaltenböden. Dies ist bei uns nicht mehr zugelassen. Und auch bezüglich der Stallfläche pro Tier sind die Platzverhältnisse bei uns immer grosszügiger.

Ja, man kann die diese immer noch zu beengend finden, das ist legitim. Doch es gibt zusätzlich unzählige Labels, die auf den freiwilligen Programmen von besonders tierfreundlichen Ställen oder regelmässigem Auslauf im Freien beruhen. Sowie mehrere Labels, die noch viel weiter gehen, wie Bio, Demeter oder KAG-Freiland. Doch diese haben einen sehr tiefen Marktanteil und entwickeln sich nur langsam. Das Tierwohl scheint bei vielen Menschen spätestens an der Ladenkasse zu enden.

An uns Bauernbetrieben liegt es jedenfalls nicht. BTS und RAUS sind sehr beliebt und erreichen eine hohe Abdeckung. Beim Geflügel ist BTS praktisch flächendeckend umgesetzt und bei den Legehennen hat auch RAUS einen hohen Anteil von 85 Prozent. 85 Prozent der Kühe leben ebenfalls unter RAUS-Bedingungen, 60 Prozent in einem Freilaufstall. Bei den Schweinen leben 70% in einem besonders tierfreundlichen Stall und 50 Prozent haben einen Auslauf. Das Angebot ist da!

Und nun diese Initiative, welche unserer Tierhaltung völlig marktferne Auflagen machen will und damit in Frage stellt. Denn eines ist klar: Der Konsum würde sich mit einem Ja nicht ändern. Bereits heute ist die Schweiz zur Versorgung der Bevölkerung auf umfangreiche Importe angewiesen. Diese würden sich bei einer Annahme der Initiative speziell beim Geflügelfleisch, Eiern und Schweinefleisch nochmals stark erhöhen. Das kann nicht die Lösung sein!